

fallgebinde ohne einen weiteren Behälter als Barriere direkt in Bohrlöchern des Salzgesteins, ohne eine Rückholbarkeit zu gewährleisten, einfach nach der Methode „Abkippen, Augen zu und durch“.

W. Filbert, J. Wehrmann, W. Bollingerfähr, R. Graf, S. Fopp: Resultate der Arbeiten zum Endlagerkonzept Direkte Endlagerung abgebrannter Brennstäbe in Brennstabkokillen (BSK), DBE Technology GmbH, Peine, GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH, Essen, 2010. ●

Atompolitik

Finanzierungslücke beim Fusionsreaktor ITER

Die Finanzierungslücke beim geplanten Forschungsreaktor ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) soll aus dem europäischen Haushalt gedeckt werden. Die Gesamtkosten für den Forschungsreaktor sollen künftig begrenzt werden, Mehrkosten müßten dann beim Projekt eingespart werden. Das erklärte die Bundesregierung in der Sitzung des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 9. Juni 2010. In dem geplanten Reaktor, der in internationaler Zusammenarbeit im französischen Cadarache gebaut werden soll, soll die Energieerzeugung durch Kernfusion erforscht werden. An dem Projekt sind neben der Europäischen Union Japan, Rußland, die USA, China, Indien und Südkorea beteiligt. In den vergangenen Wochen seien „erhebliche Kostensteigerungen“ bei dem Projekt bekannt geworden, erklärte die Bundesregierung. Der Anteil der Europäer sei von 2,7 Milliarden Euro auf jetzt voraussichtlich 7,2 Milliarden Euro gestiegen. Auf Drängen der Bundesregierung sei deshalb eine Task Force auf EU-Ebene eingerichtet

worden, die unter anderem Vorschläge zur Finanzierung vorlegen solle. Auch beim Management von ITER sollen Veränderungen vorgenommen werden. Trotzdem findet die Bundesregierung, alle Evaluierungen hätten bestätigt, daß ITER der notwendige und richtige Schritt hin zu einer vielversprechenden Option der Energieerzeugung sei. Deshalb stelle sich die Frage nach einer Neuausrichtung der Kernfusionsforschung nicht.

Kommentar: Für die Vision Kernfusion wird unglaublich viel Geld ohne erkennbare Ergebnisse ausgegeben. In den 1950er Jahren hatten Kernforscher angekündigt, in etwa 30 Jahren einen Kernfusionsreaktor realisieren zu wollen. Heute, 60 Jahre später, sprechen die Fusionsforscher davon, vielleicht ab 2050 einen Versuchsreaktor bauen zu können. Ein Beitrag zur Energieversorgung ist also nicht in Sicht. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen (SRU) hatte Anfang Mai 2010 im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages sein Gutachten „100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050“ vorgestellt. Quintessenz des Gutachtens ist: „Deutschland kann im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden.“ Das erklärte der Vorsitzende des SRU, Prof. Dr. Martin Faulstich. Prof. Hohmeyer, der Autor des Gutachtens betonte, daß bereits 2030 eine Vollversorgung mit Strom aus Erneuer-

baren Energien möglich sei, wenn die konventionellen Kraftwerke frühzeitig abgeschaltet sowie die Netz- und Speicherinfrastruktur angepaßt werden. Kalifornische Wissenschaftler haben ebenfalls kürzlich einen Plan auch für die Welt verkündet, bis 2030 die Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Energieformen umzustellen. Kernfusion und Kernfusionsforschung werden dann schlicht nicht mehr gebraucht.

Th.D.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU): 100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050: klimaverträglich, sicher, bezahlbar, Stellungnahme Nr.15, 5.5.2010. www.umweltrat.de/cln_137/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2010_05_Stellung_15_erneuerbareStromversorgung.html ●

Atomwirtschaft

Rückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung

Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) sind gesetzlich verpflichtet, für Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken (AKW) sowie für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle Rückstellungen zu bilden. Zudem obliegt ihnen die Gewährleistung, daß die Finanzmittel zum entsprechenden Zeitpunkt in erforderlicher Höhe zur Verfügung stehen. Dies war jedoch in der

Vergangenheit aufgrund akuter Finanznot der Betreibergesellschaften nicht immer der Fall, so zum Beispiel beim Thorium Hochtemperatur Reaktor in Hamm-Uentrop (THTR). Solange die Rückstellungen nicht in einen öffentlich kontrollierten Fond überführt sind, ist zu befürchten, daß sich dies wiederholen könnte, insbesondere in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise, meint man in der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die vier in Deutschland tätigen Energieversorgungsunternehmen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe hatten zum Jahresende 2008 zusammen Rückstellungen in Höhe von 27,52 Milliarden Euro für die Stilllegung und den Rückbau von Atomkraftwerken sowie für die Entsorgung von radioaktiven Betriebsabfällen und bestrahlten Brennelementen gebildet. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/1866 vom 27. Mai 2010) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitteilt, lag die Höhe der Rückstellungen Ende 2005 bei 27,17 Milliarden Euro. Die Entwicklung der Rückstellungen für die Stilllegung und den Rückbau der deutschen Kernkraftwerke und für die Entsorgung abgebrannter Brennelemente sowie für die Entsorgung weiterer radioaktiver Abfälle bis zum Jahr 2020 sei insgesamt kaum abzuschätzen, erklärt die Regierung. Das hänge unter an-

EVU	Rechnungslegungs-vorschrift*	Gesamthöhe der Rückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung			
		zum 31.12.2005	zum 31.12.2006	zum 31.12.2007	zum 31.12.2008
E.ON AG	US GAAP, ab 2007 IFRS	13 362 Mio. €	13 162 Mio. €	12 249 Mio. €	12 200 Mio. €
RWE AG	IFRS	8 675 Mio. €	8 843 Mio. €	9 053 Mio. €	9 465 Mio. €
EnBW AG	IFRS	4 294 Mio. €	4 389 Mio. €	4 482 Mio. €	4 754 Mio. €
Vattenfall Europe AG	bis 2006 nach HGB, ab 2007 nach IFRS	840 Mio. €	850 Mio. €	839 Mio. €	1 104 Mio. €

* IFRS – International Financial Reporting Standards; US GAAP – United States Generally Accepted Accounting Principles; HGB – Handelsgesetzbuch

Quelle: Bundestagsdrucksache 17/1866 v. 27.05.2010

derem ab vom künftigen Brennelementeanfall, der von der Laufzeit der Kernkraftwerke abhängt. Ihr lägen auch keine aktuellen Kostenschätzungen für die Errichtung und den Betrieb eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle vor.

Derzeit werde unter der Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine vorläufige Sicherheitsanalyse für den Standort Gorleben erstellt, deren Ergebnisse die Grundlage für eine Aktualisierung des Endlagerkonzepts bilden soll. Eine belastbare Kostenschätzung für den Standort Gorleben sei erst möglich, wenn diese Aktualisierung vorliegt.

Der THTR befinde sich seit rund zehn Jahren im sicheren Einschluß und stehe im Eigentum der Hochtemperatur-Kernkraftwerk Gesellschaft mbH (HKG). Die Vereinbarung zwischen Bund, Land und HKG über die Finanzierung des Betriebs des sicheren Einschlusses ist am 31. Dezember 2009 ausgelaufen. Der Betrieb werde derzeit aus den unverbrauchten Eigenmitteln der HKG finanziert und sei bis 2017 gesichert, erklärt die Bundesregierung weiter. Gleichzeitig würden die Vertragsparteien unter der Verhandlungsführerschaft des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalens an einer Einigung über die weitere Finanzierung arbeiten. Über die Finanzierung des ab 2023 anstehenden Rückbaus sei noch keine Vereinbarung getroffen worden. ●

Basel, 26.08.2010

Uranbergbau, Gesundheit und indigene Völker

Gut dreiviertel des Urans weltweit wird auf den Territorien indigener Völker abge-

baut. Die größten Reserven liegen in Kanada und Australien. Weitere wichtige Uranproduzenten sind Kasachstan, Niger, Rußland, Namibia und Usbekistan. Die Identität der indigenen Völker ist auf das Engste mit ihrer Umwelt verknüpft. Uranbergbau zerstört ihre Lebensgrundlagen und ihre Kultur, ihre heiligen Stätten und auf viele Generationen hinaus ihre Gesundheit.

Die schweizerischen und deutschen Sektionen der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW organisieren deshalb in Zusammenarbeit mit dem uranium-network.org und der Gesellschaft für bedrohte Völker am 26. August 2010 – im Vorfeld des IPPNW-Weltkongresses „Nuclear Abolition: For a Future“ in Basel in der Schweiz – einen Vorkongress zum Thema Uranabbau, Gesundheit und indigene Völker „Sacred Land – Poisoned Peoples“. Auf der Konferenz im Kollegiengebäude der Universität Basel wird Sprechern bedrohter indigener Völker Gelegenheit geben, an die europäische Öffentlichkeit zu treten, Kontakt zu Politikern und Nichtregierungsorganisationen aufzunehmen und sich untereinander zu vernetzen.

Zu den Referentinnen und Referenten aus aller Welt zählen unter anderem Michael Beileites und Sebastian Pflugbeil aus Deutschland, Robert del Tredici aus Kanada, Chairmaine White Face aus South Dakota (USA), Rebecca Winfield-Bear aus Australien, Punjit Raj Kishor Minz aus Indien, Hilma Shindondola-Mote aus Namibia, Many Camara aus Mali und Oleg Bodrov aus Rußland. Konferenzsprache ist Englisch, für eine Simultan-Übersetzung ins Deutsche ist gesorgt. Weitere Informationen und Anmeldung zum Kongreß unter www.nuclear-risks.org ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 72,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Albstadt, Dr. Peter Pliening, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 72,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 7,20, Probeexemplar kostenlos.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, BIC: BEVODE33, IBAN: DE59 1009 0000 5272 3620 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2010 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288